



*Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!  
im September, Ausgabe 103*

### **Die Mittelschicht und ihre falschen Freunde**

Nach der Studie eines Wirtschaftsinstituts ist zwischen 2000 und 2006 eine Zahl von 5 Millionen Menschen durch Einkommensverluste aus der Mittelschicht herausgefallen und in ein soziologisch noch nicht näher definiertes Niemandsland abgestiegen - so viele Personen, wie Hamburg und Berlin zusammen Einwohner haben. Gemessen daran, wie Deutschland im internationalen Wettbewerb dasteht und welches Potenzial es gerade durch die Mittelschicht hat, ist dies eine alarmierende Fehlentwicklung, die noch viel zu wenig Widerhall findet.

Schlagwortartig ist das Thema freilich präsent. Dabei muss gerade die Union darauf achten, dass sich nicht die falschen Vertreter die Interessen der Mittelschicht auf die Fahnen schreiben.

So kam von der SPD-Linken vor kurzem ein Papier mit dem Titel "Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken". Das hört sich nach Umverteilung von oben nach unten an, die der Mittelschicht aber auch nichts nützen würde. Abgesehen davon, dass das Gesellschaftsbild der Union ein anderes ist, hat die Mittelschicht ein strukturelles Problem. Wenn sie weit mehr von dem behalten könnte, was sie sich tagtäglich erarbeitet, ginge es ihr schon besser.

Vermutlich wird auch die Linkspartei demnächst die Mittelschicht für sich entdecken. Brisant ist, dass in dieser Schicht

Berührungsängste gegen die Linke spürbar schwinden und man sich besonders gerne von der Eloquenz eines Gregor Gysi beeindrucken lässt. Oskar Lafontaine ist schon weniger beliebt, doch zahlreiche Fernsehauftritte können vielleicht auch das beheben.

Die SPD versucht, den Eindruck zu erzeugen, sie habe zur Politik der Agenda 2010 zurückgefunden, und tauscht hierfür ihr Spitzenpersonal aus. Auch dies zielt auf die Wähler der Mittelschicht. Sogar Gerhard Schröder soll im Wahlkampf mithelfen. Dieser ließ sich 1998 erst von der „Neuen Mitte“ zum Kanzler wählen und verhinderte dann mit seinem Wahlkampf 2005 zum Schaden der Mittelschicht den Aufbruch zu einer neuen Steuerpolitik.

Die CDU muss klarmachen, dass sie als Partei der Sozialen Marktwirtschaft die Interessen der Mittelschicht am besten vertritt. Sie muss dafür die Leipziger Reformideen in aktualisierter Form wiederbeleben. Diese würden Deutschland im Wettbewerb der globalisierten Welt stärken und gleichzeitig dem Sozialstaat die Fortexistenz sichern. Dies bedeutet für die Mittelschicht Arbeitsplätze und die notwendige Absicherung. Die politischen Alternativen stehen dagegen für eine weitere Auszehrung durch Arbeitslosigkeit und eine immer größere Abgabenlast.

**Ihr Eckart Jakob**

### **Terminhinweise**

Do., 09.10., Stammtisch im  
Eichenkrug, 20:00 Uhr

Fr., 07.11., Grünkohlessen im DGH  
Krähenwinkel, 19:30 Uhr (Einladung  
folgt)

Do., 13.11., Stammtisch im  
Eichenkrug, 20:00 Uhr

### **Großmacht USA**

Manche deutsche Bedenken gegenüber den USA beruhen auf dem Irrtum der Gleichheit aller Staaten. Eine Atom- und wirtschaftliche Weltmacht hat ein anderes Gewicht in der internationalen Politik als eine Mittelmacht. Zudem wird die Reihenfolge der politischen Zielkoordinaten in den USA: Freiheit – Wohlstand – Frieden bei uns eher in umgekehrter Richtung gesehen. Zwischen Deutschland und den USA gibt es gewaltige Unterschiede im BIP. Die USA leisten sich ein Haushaltsdefizit von ca. 400 Milliarden Dollar, ein Handelsdefizit von ca. 780 Milliarden Dollar und einen Verteidigungsetat von ca. 650 Milliarden Dollar. Der angekränkelte Dollar ist trotzdem Weltleitwährung. Ungeklärt ist der Aufenthalt von geschätzten 12 bis 19 Millionen Illegaler im Lande.

Im Problemempfinden der durchschnittlichen Amerikaner ist die Terroristenbekämpfung nach hinten gerutscht. Davor schoben sich: Arbeitslosigkeit, Benzinpreis, Krankenversicherung, Irakkrieg, Klimawandel, Wirtschaft. Die USA-Truppen verloren im gegenwärtigen Irakkrieg 4000 Tote, 1991 fielen „nur“ 150 Soldaten im Kampf. Die Selbstmordrate liegt in der Truppe bei 17,5 Promille. Eine Weltmacht kann niemand bestrafen oder zur Rechenschaft ziehen. Im UNO-Sicherheitsrat sorgt dafür schon das Vetorecht. Nach dem 11.9.2001 fragte C. Rice: „1. Wie reagieren? 2. Wie das Ereignis zur Machtausweitung der USA ausnutzen?“ *b.w*

Die USA können und wollen nicht an allen Brennpunkten der Welt eingreifen. Sie sind dennoch unentbehrlich. Die Europäer bekamen den Balkankonflikt nicht in den Griff. Die USA griffen ein, obwohl sie dort keine eigenen Interessen zu verfolgen hatten.

Bei den bevorstehenden Wahlen in den USA werden der Präsident, das Repräsentantenhaus, 14 Senatoren und der – im Unterschied zu Deutschland – überaus einflussreiche Außenpolitische Ausschuss neu gewählt.

Was fällt uns auf bei diesen Wahlen?

Im 18. Jahrhundert entstand in den USA wegen der Größe des Landes das Wahlmännersystem. Die Wahlmänner sind die unmittelbaren Interessenvertreter der einzelnen Wähler. Bei den Vorwahlen herrscht also zunächst Basisdemokratie. Jeder kann sich pro und contra zu den Kandidaten äußern. Bei den Demokraten entscheiden Distrikte, ob offene (für alle) oder geschlossene (nur Parteimitglieder) Vorwahlen stattfinden. Daneben gibt es noch Superwahlmänner, die in ihrer Abstimmung frei sind. Bei den Republikanern bekommt der prozentuale Gewinner alle Stimmen zugeschlagen. Der US-Präsident wird von den Wahlmännern bestimmt. In fast allen Bundesstaaten stimmen sie geschlossen für den Kandidaten, der in ihrem Staat die Wahl gewonnen hat.

Bei den Vorwahlen sind zum Erstaunen deutscher Betrachter nicht Wahlprogramme, sondern Äußerlichkeiten entscheidend: Der Kandidat hat einen sexy Gang, wirkt gut rasiert, ist rhetorisch begabt, schlagfertig, integrationsfähig, hat eine präsentable Familie und künftige First Lady, keine Affären und ausrei-

chende Einkünfte. Die Amerikaner wollen bei diesen Versammlungen hauptsächlich Spaß haben. („We want to have fun.“) Wer den höchsten Unterhaltungswert liefert, findet Gefallen. Zunehmend bedeutsam bei der Kandidatenbewerbung sind Fernsehen und Internet. Frau Obama wurde zum Beispiel als zu dominant kritisiert. („Ich brauche keinen Mann, der eine Frau braucht.“) Ihr wurde öffentlich ein Benimmkurs empfohlen als eventuelle zukünftige First Lady. Obama hat ca. 300 Millionen, McCain nur 86 Millionen Dollar Wahlkampfgelder requiriert. (Stand 08/08).

Welche Wahlziele sind erkennbar, auch wenn sich McCain und Obama jetzt verständlicher Weise nur schwammig äußern?

Obama will protektionistisch die USA-Wirtschaft stärken, mehr Investoren ins Land holen, die Truppen rasch aus dem Irak zurückziehen, Reiche höher besteuern, die Gesundheitsversorgung und den Schutz vor Terror stärken, sowie Klimaschutz betreiben.

McCain bekennt, er verstehe von Wirtschaft nicht viel. Er will den Irakkrieg bis zum Sieg weiter führen und den Klimaschutz verstärken.

Beide werden die Interessen der USA über die der UNO und anderer Länder stellen.

Welche Stimmungen und Meinungen äußern die amerikanischen Wähler?

Mit der derzeitigen Situation sind 76% unzufrieden, 68% befürworten einen USA-Protektionismus (USA first), eine Einschränkung des Freihandels und eine Stärkung der eigenen Wirtschaft. Was Europa denkt, ist der USA-Bevölkerung egal. Gleiches gilt weitgehend auch für die Klimaproblematik. Der asiatische Raum wird zunehmend relevant. Unklar ist, wie die amerikanischen Wähler auf die inzwischen eingetretene Finanzkrise in der Wahlkabine reagieren.

Bush jun. kann nicht wirtschaften und hat eine hohe Staatsverschuldung angehäuft. Präsident Clinton hatte die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht und ein Plus von 320 Milliarden Dollar hinterlassen. Auf den amerikanischen Staat kommt im gegenwärtigen Finanzdesaster nun eine große Belastung zu. Schon sollen auch die Europäer zur Kasse gebeten werden.

Die Republikaner haben Vorbehalte gegen Europa. Obama ist verbindlicher, aber ohne Europaerfahrung und ebenfalls knallhart in

der Interessenvertretung seines Landes. Die deutschen Zujubler an der Siegestsäule in Berlin haben ihm in den USA eher geschadet. McCain hat Europa bereist, ist aber genauso Vertreter der Weltmacht USA. Beide Präsidentschaftskandidaten werden ein stärkeres Engagement der EU und Deutschlands in Afghanistan und anderswo einfordern. Unter den Wählern sind 35% Evangelikale und christliche Fundamentalisten. Ihre Vorbehalte gelten McCain und Obama gleichermaßen. Für wen sie stimmen werden, ist derzeit offen. Sie stehen gegen Abtreibung und Stammzellenforschung, aber für Kreuze in öffentlichen Schulen (bisher wegen der Trennung von Staat und Religion verboten) und für christlichen Religionsunterricht an diesen Schulen. Ein Großteil der Evangelikalen lehnt die Evolutionstheorie ab und beharrt auf einem kreationistischen Schöpfungsglauben.

Über dem Präsidenten der USA steht das Oberste Gericht der USA. Alle sind an seine Weisungen gebunden. Verfassungsrichter sind auf Lebenszeit gewählt. Im gegenwärtigen Verfassungsgericht haben die Evangelikalen die Mehrheit.

In der amerikanischen Weltsicht bedeutet „mehr Demokratie“ zugleich auch „mehr Freiheit“, daraus folgt „mehr Frieden“ und daraus wiederum eine „bessere Welt“. Diese Weltsicht verkörpert auch Bush jun. Diese idealistische Weltsicht wird im „alten Europa“ oft nicht verstanden. Die USA drängen auf eine Erweiterung der Freiheitsräume, auch wenn sie andere Völker auf deren Entwicklungsstufe damit überfordern. Von diesem Wertekanon her lag 1990 bei Bush sen. die Einheit Deutschlands im amerikanischen Interesse (gegen den Widerstand aller *b.w.*

europäischen Staaten außer Spanien und Irland). Verschiedentlich wirkt somit amerikanische Weltsicht, gepaart mit Weltmachtsinteressen auch zu Gunsten kleinerer Staaten in entsprechender geschichtlicher Konstellation. Deutschland hat von dieser amerikanischen Weltsicht profitiert. Dies sollte man nicht vergessen.

**Dr. Martin Hohmann**

### **Schwimmbäder unter der Lupe des Steuerzahlerbundes**

Im Zusammenhang mit dem Badneubau wird es vor allem auf die Finanzierbarkeit der Neuerichtung, aber auch des künftigen Betriebs ankommen. Vergleichswerte können bei der Beurteilung dieser Zukunftsfrage Langenhagens hilfreich sein.

Solche Vergleichswerte bietet die Studie des Bundes der Steuerzahler vom Februar 2008 "Kommunale Schwimmbäder im Vergleich. Statistische Untersuchung zur Kostendeckung von Hallenbädern in Niedersachsen". Hierfür hat der Bund der Steuerzahler die Kostendeckung von 88 Schwimmbädern untersucht. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass kommunale Schwimmbäder immer ein Zuschussgeschäft sind, fraglich nur, wie sehr.

In der Studie wird die Kostendeckung von verschiedenen Seiten aus untersucht. So wird der Zuschuss pro bezahltem Besuch erfasst, pro Öffnungstag und pro Quadratmeter Wasserfläche, schließlich der Kostendeckungsgrad, womit gemeint ist, welcher Anteil der Betriebskosten eines Bades durch eigene Einnahmen gedeckt sind.

Schwer ist es, ein oder mehrere Schwimmbäder zu finden, die in einem Umfeld angesiedelt sind,

das Langenhagen vergleichbar ist. Wichtig ist nach der Studie die Größe der Stadt bzw. Gemeinde. Insoweit kommen die Städte mittlerer Größe, wie Langenhagen, kostenmäßig am schlechtesten weg. Offenbar bleiben sie unter einem wirtschaftlich interessanten Schwellenwert durch Massenbesuche wie Großstädte, müssen aber auf der anderen Seite schon etwas mehr bieten, als ein "Dorfbad", wenn sie attraktiv sein wollen, was natürlich auch wieder Geld kostet.

Aus dem Raum Hannover ist die Stadt Peine von der Einwohnerzahl her Langenhagen vergleichbar (50.114 Einwohner 2007). Bei Zuschuss pro bezahlten Besuch ist Peine mit 10,71 € (Durchschnitt aller Bäder: 5,17 €) recht weit oben angesiedelt, agiert beim Kostendeckungsgrad mit 27,7% angesichts eines Durchschnitts von 42,2% eher unbefriedigend. Bei Kosten pro Öffnungstag liegt der Durchschnittswert bei 1935 €. Peine kommt in etwa auf das Doppelte mit 3968 €. Während man sich durchschnittlich den Quadratmeter Wasserfläche 812 € kosten lässt, muss Peine hier das Dreifache aufwenden mit 2434 €.

Als weitere im Raum Hannover angesiedelte Stadt annähernd vergleichbarer Größe (rund 46.000 Einwohner) kann Lehrte gelten. Die Stadt liegt mit Kosten pro bezahltem Besuch von 6,93 €, einem Kostendeckungsgrad von 24%, Kosten pro Öffnungstag von rund 2302 € und einem Aufwand pro Quadratmeter Wasserfläche von 896 € überwiegend in der Nähe des Durchschnitts, außer beim Kostendeckungsgrad, wo die Stadt eher schlecht dasteht. (Sämtliche Zahlen geben den Dreijahreszeitraum 2004 bis 2006 wieder.)

Für die Schwimmbad-Diskussion wird es darauf ankommen, einen Maßstab dafür zu finden, welchen Aufwand sich in Langenhagen leisten will. Wie weit will die Stadt den einzelnen Schwimmbadbesuch subventionieren, welchen Maßstab will sie an die Kostendeckung anlegen und welchen Aufwand will sie pro Quadratmeter Wasserfläche betreiben? Sie muss hier einmal wieder soziale Aufgaben, einschließlich der Förderung von Sport und Gesundheit, und eine solide Haushaltsführung, die auch den Anforderungen schlechter Zeiten standhält, ins Gleichgewicht bringen.

Hierbei kann es helfen, sich die wirtschaftliche Situation vergleichbarer Bäder vor Augen zu führen. Dazu bietet die Studie interessante Anhaltspunkte. Nähere Erkundigungen nach

den Ursachen für die Stärken und Schwächen der Bäder, die die Städte Peine und Lehrte unterhalten, aber auch nach der Situation anderer, in der Studie aufgeführter Kommunen, könnten weiterführende Erkenntnisse bringen.

**Eckart Jakob**

### **Die Qual der Wahl**

Der rot-grünen Ratsmehrheit war bis vor kurzem die LAGA so wichtig, dass sie dafür Millionen investiert hätte. Jetzt ist diese Planung aufgrund einer Bürgerbefragung erledigt. Nun kann das in Angriff genommen werden, was die Bürger wirklich wollen, nämlich ein neues Bad, nachdem das alte Hallenbad in der Konrad-Adenauer-Straße vorschnell abgerissen worden war. Es sollte eigentlich keine Frage sein, wo das neue Bad zu stehen hat, nämlich in der Kernstadt, wo 35.000 Einwohner leben und wo sich alle großen Schulen befinden. Ein Bad muss in „Laufweite“ der Bürger stehen, so dass es auch Fußgänger mühelos erreichen können. Ich kenne viele vor allem ältere Morgenschwimmer, die nach dem Abriss des alten Hallenbades nicht nach Godshorn gekommen sind, weil ihnen der Weg zu weit ist, und sie weder Rad *b.w.*

### **Impressum**

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Dr. Martin Hohmann, Dr. Eckart Jakob, Joachim Weber, Marco Zacharias

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

**Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge. Mail an:**

*marco.zacharias@htp-tel.de*

Man stelle sich vor, ein großes Warenhaus will eine Filiale in Langenhagen errichten: Geht es damit an den Stadtrand, weil dort die geeigneten Grundstücke billiger und evtl. zum Nulltarif zu haben sind oder zieht es in die teurere Kernstadt? Maßgeblich ist beim Warenhaus wie beim Hallenbad die Kundenähe – es gibt da keinen Unterschied. Wer das nicht sehen will, wird nach dem billigen Anfang bald ein teures Ende erleben.

**Joachim Weber**

## **Zu guter Letzt**

*Es gibt in der Geschichte der Völker keine Lossprechung von den Sünden der Vergangenheit, keine Entlassung aus der Verantwortung für die Gegenwart und keine Garantie für Freiheit, Recht und Menschenwürde in der Zukunft.*

*Erich Mende (1916-1998)*

Der Ortsverbandsvorstand wünscht Ihnen Gesundheit und Kraft für den Start in die kalten Monate des Jahres. Der nächste Kurier erscheint im November.

**Eckart Jakob und Marco Zacharias**